LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/3729
zu Drucksache 17/3519
02. 08. 2017

Antwort

der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerd Schreiner und Ralf Seekatz (CDU)
– Drucksache 17/3519 –

Euro-Pool-Stellen, Teil 1 – 100 Antworten für Europa, Anfrage 14

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/3519 –** vom 12. Juli 2017 hat folgenden Wortlaut:

Im Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Kapitel 02 01 Titelgruppe 82 „Euro-Pool-Stellen“, sind in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 Mittel von 944 300 Euro bzw. 941 300 Euro veranschlagt. Im Haushaltsjahr 2016 wurden Mittel in der Höhe von 1 005 000 Euro veranschlagt.
Die Erläuterungen lauten:
Die Besetzung der Euro-Pool-Stellen und der Stellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte erfolgt mit befristet in den EU-Bereich bzw. an den Dienstsitz in Brüssel entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung. Die Entsendung erfolgt im Einvernehmen zwischen dem entsendenden Ressort und der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales. Die Planstellen dürfen auch mit nichtbeamteten Kräften besetzt werden. Eine kurzfristige Überschreitung der Anzahl der besetzten Stellen ist zulässig.
Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Von welchen Dienststellen in der Landesverwaltung auf welche Dienststellen der EU waren 2016 und 2017 bzw. sollen 2017 und 2018 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgeordnet bzw. entsandt werden? Über welchen Zeitraum hat das Personal bzw. wird das Personal die Stellen besetzen?
2. Wie wird für die Arbeit auf Euro-Pool-Stellen geworben? Wie werden die Vorgesetzten geschult, um geeignetes Personal für die Euro-Pool-Stellen zu finden?
3. Wie werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung ausgewählt?
4. Aus welchen beruflichen Tätigkeitsfeldern und aus welchen Ausbildungsrichtungen kommen aktuell die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Dienstsitz Brüssel, und wie wurden und werden sie auf ihre Aufgaben in Brüssel vorbereitet?
5. Welche begleitenden Hilfen werden ihnen geboten, um ihnen die Entscheidung für eine Tätigkeit bei der EU zu ermöglichen bzw. zu erleichtern?

Die **Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 31. Juli 2017 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im angesprochenen Zeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom jetzigen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zur Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission sowie der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission entsandt. Darüber hinaus erfolgte eine Entsendung aus dem Geschäftsbereich des jetzigen Ministeriums des Innern und für Sport zur EULEX Kosovo. Eine weitere Entsendung besteht aus dem Geschäftsbereich der Staatskanzlei zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union.

Zu den Fragen 2, 3 und 5:

Über entsprechende Stellenausschreibungen der EU oder anderer in Betracht kommender Institutionen werden die Ressorts durch die Staatskanzlei informiert bzw. bei erkennbaren Anknüpfungspunkten auch gezielt unterrichtet.

Die Besetzung von Europool-Stellen erfolgt nach Interessensbekundung durch die Interessentinnen und Interessenten für eine entsprechende Stelle. Die Entsendung erfolgt im Einvernehmen zwischen den Ressorts und der Staatskanzlei, wobei auch zu prüfen ist, inwiefern eine Besetzung der Stelle durch eine rheinland-pfälzische Mitarbeiterin oder einen rheinland-pfälzischen Mitarbeiter im Interesse des Landes ist.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 31. August 2017

Wie bereits im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage 17/3513 zu Frage 5 ausgeführt, ist die Stärkung der EU-Kompetenz eines der Ziele des Rahmenkonzepts Personalentwicklung, und es wird eine Europafortbildung angeboten. Dadurch sind verschiedene Aspekte der EU Bestandteil der Personalentwicklung, wodurch auch die Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt werden soll, sich bei Stellenausschreibungen der EU oder entsprechender Institutionen aktiv einzubringen.

Zu Frage 4:

Auf die Beantwortung von Frage 5 der Kleinen Anfrage 17/3153 wird Bezug genommen. Diese Ausführungen treffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht am Dienstsitz Brüssel, sondern bei EU-Institutionen eingesetzt werden, ebenfalls zu.

Heike Raab
Staatssekretärin